

Trump stoppt Studentenvisa: Harvard unter Druck wegen Antisemitismus!

Die Trump-Administration stoppt Studentenvisa-Verfahren für ausländische Studierende und übt Druck auf Universitäten aus.



München, Deutschland - Die Trump-Administration hat einen sofortigen Stopp der Verfahren für Studentenvisa angeordnet. Dies wurde in einem Bericht von Politico bekannt, der sich auf eine interne Mitteilung von Außenminister Marco Rubio an US-Botschaften und Konsularabteilungen stützt. In der Mitteilung wird zudem erwähnt, dass die Regierung erwägt, ausländische Studenten, die sich für ein Studium in den USA bewerben, in sozialen Medien auf mögliche Risiken zu überprüfen. Der genaue Zweck dieser Überprüfung bleibt unklar, doch er verweist auf Verordnungen des US-Präsidenten, die sich auf die Sicherheit und den Kampf gegen Antisemitismus konzentrieren.

Trumps Kritik an Universitäten, insbesondere an Harvard, richtet

sich gegen deren unzureichende Maßnahmen gegen Antisemitismus, die durch pro-palästinensische Proteste auf den Campus verstärkt werden. Aus diesem Grund erhielt Harvard Zuschüsse in Milliardenhöhe gestrichen und darf keine neuen internationalen Studenten mehr aufnehmen. Bereits eingeschriebene ausländische Studenten sind gezwungen, an andere Hochschulen zu wechseln, um ihren Aufenthaltsstatus in den USA zu sichern. Über 6.800 internationale Studierende sind derzeit an Harvard eingeschrieben, darunter 550 aus Deutschland.

Überprüfung von Daten und militante Maßnahmen

Damit die Universität weiterhin internationale Studierende aufnehmen kann, benötigt Harvard eine Zertifizierung für das „Student and Exchange Visitor Information System“ (SEVIS), das vom Heimatschutzministerium verwaltet wird. Der Verlust des Zugangs zu SEVIS könnte internationale Studierende in eine gefährliche Lage bringen, da sie ohne Anpassung ihres Status oder Einschreibung an einer anderen Universität abgeschoben werden könnten. Harvard unterliegt zudem einem finanziellen Druck, da internationale Studierende einen bedeutenden Teil ihres Budgets ausmachen, da sie höhere Studiengebühren zahlen.

Die Heimatschutzministerin Noem hat von Harvard detaillierte Informationen zu internationalen Studierenden gefordert, einschließlich ihrer Namen, Geburtsdaten und Nationalitäten sowie der Kurse, die sie besucht haben. Harvard wird beschuldigt, gewalttätige Proteste auf dem Campus geduldet zu haben, wobei die Vorwürfe gegen die Universität immer lauter werden. In der Folge haben acht Bundesbehörden angekündigt, Fördergelder in Höhe von etwa 450 Millionen US-Dollar zu streichen.

Kritik und politische Implikationen

Die Trump-Regierung wird von Kritikern beschuldigt, Politik und Universitäten gezielt anzugreifen, indem sie Proteste als Vorwand nutzt, um institutionelle Veränderungen herbeizuführen. Im Vergleich zu den USA, wo Universitäten bestraft werden, die Antisemitismus tolerieren, bleibt Deutschland bisher passiv gegenüber dem zunehmenden Antisemitismus an den Hochschulen. Insbesondere angesichts der gestiegenen antisemitischen Vorfälle in Deutschland seit Oktober 2023 ist die Forderung nach staatlichen Maßnahmen laut geworden.

Universitäten sind zu einem Brennpunkt antisemitischer Vorfälle geworden. In den letzten Monaten sind zahlreiche Beispiele dokumentiert worden, darunter ein pro-palästinensisches Protestcamp in München, das antisemitische Parolen propagierte, sowie gewaltsame Proteste an anderen Universitäten. Experten fordern nun ein Umdenken und die Übernahme von Verantwortung durch Universitätsleitungen. Hochschulen, die aktiv gegen Antisemitismus vorgehen, sollten öffentliche Gelder verlieren und Studenten, die Hass verbreiten, exmatrikuliert werden.

Details	
Vorfall	Antisemitismus
Ursache	Untätigkeit der Universität, Antisemitismus
Ort	München, Deutschland
Schaden in €	450000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• exxpress.at• www.tagesschau.de• www.focus.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at